

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke,
Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5115 –**

Eintreten für die Beendigung der von den USA auferlegten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller verstößt das von der Regierung der Vereinigten Staaten verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargo gegen Kuba nicht nur gegen internationale Handelsregelungen, sondern fügt auch der Bevölkerung der Insel auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet große Schäden zu. Die Bundesregierung solle daher als gegenwärtiger Ratsvorsitz der Europäischen Union von den USA die Aufhebung des Embargos fordern und sich zugleich dafür einsetzen, dass die Europäische Union auch künftig im Umgang mit den USA jede Verurteilung Kubas unterlasse, die im Widerspruch zur Erklärung des EU-Lateinamerika-Gipfels vom Mai 2006 steht.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5115 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Erich G. Fritz
Berichterstatter

Lothar Mark
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Erich G. Fritz, Lothar Mark, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5115** in seiner 94. Sitzung am 26. April 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 13. Juni 2007

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Lothar Mark
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichterstellerin

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Jürgen Trittin
Berichtersteller

